



Gespräch vom 29.06.2004, 20.15 Uhr

Günther Oettinger
Fraktionsvorsitzender CDU Baden-Württemberg
im Gespräch mit Werner Reuß

- Reuß:** Verehrte Zuschauer, herzlich willkommen zum Alpha-Forum, heute aus dem Hotel Palace in München. Unser Gast ist Günther Oettinger, er ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag und gilt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Günther Oettinger ist zudem Vorsitzender des Bundesfachausschusses Medien der CDU Deutschlands. Ich freue mich, dass er hier ist. Ganz herzlich willkommen, Herr Oettinger.
- Oettinger:** Guten Tag.
- Reuß:** "Wenn der Verstand schläft, erwachen die Dämonen." Man kann lesen, das sei einer Ihrer Lieblingssprüche. Er stammt vom polnischen Schriftsteller Andrzej Szczypiorski. Welche Dämonen fürchten Sie denn am meisten?
- Oettinger:** Wir haben in jedem Gremium der Demokratie, der Wirtschaft, der Medien Kontrollinstrumente. Und mir scheint, dass oftmals das Controlling, also die kritische, faire Kontrolle von Entscheidungswegen und die Bewertung von Ergebnissen etwas zu oberflächlich und zu wenig tiefgründig beraten wird. Und deswegen gilt: "Verstand an!" Man muss von jedem, von den Kollegen, von den Hauptamtlichen, von den Ehrenamtlichen und auch von mir erwarten, dass wir unseren Verstand hellwach an haben, um unsere Aufgabe zu meistern und nichts passieren zu lassen, nicht blind hinzunehmen, was andere für richtig halten.
- Reuß:** "Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen", sagte Herbert Wehner, der legendäre langjährige SPD-Fraktionschef im Bundestag. Und Norbert Blüm, Ihr Parteikollege, meinte einmal "Politik ist Handwerk, nicht Mundwerk". Was ist denn Politik für Günther Oettinger?
- Oettinger:** Politik ist zunächst einmal etwas, das uns alle betrifft. Ich bin viele Jahre in einem Gemeinderat gewesen, ich war Schülersprecher und ich bedaure, dass die Bereitschaft von vielen Mitbürgern, sich irgendwo zu engagieren, sei es im Kirchengemeinderat, im Gemeinderat, in der Parteiarbeit, in der Gewerkschaftsarbeit, im Verbandswesen usw., eher nachgelassen hat und nicht mehr auf hohem Niveau besteht. Politik braucht ja zunächst einmal tatsächlich auch Freizeit von jedem und von jeder. Darüber hinaus haben wir sicherlich auch ein Problem: Die Spielräume werden geringer. Die finanziellen Spielräume sind mittlerweile nahezu bei Null angekommen; die rechtlichen Spielräume werden von Europa, vom Bund und den Ländern eingeschränkt. Gleiches gilt für die richterrechtliche Entwicklung. Das heißt, wir haben in der Politik zu beklagen, dass die Entscheidungsmöglichkeiten, dass die Auswahl von unterschiedlichen Wegen zunehmend erschwert wird.
- Reuß:** "Politik heißt für mich, sich für die Interessen, Hoffnungen und Wünsche der Menschen einzusetzen, sich zu bemühen, die in einen gesetzten Erwartungen zu erfüllen." Dieser Satz stammt von Ihnen. Das klingt nach einem sehr pragmatischen Politikverständnis und Politikansatz. Braucht es in der Politik aber nicht hin und

wieder auch Visionen? Oder, salopp formuliert, können wir uns Visionen nicht mehr leisten?

Oettinger:

Wir brauchen beides. Wir brauchen Werte, wir brauchen Ziele, die im Tagesgeschäft gar nicht immer die Entscheidungen prägen, die aber die langfristige Entwicklung beeinflussen müssen. Ich meine hier das christliche Menschenbild, die Menschenwürde generell, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz und dem Richter, Freiheit und Liberalität: Ich glaube, das Grundgesetz ist in den Grundwerten weiter aktuell. Und dann brauchen wir daneben auch Visionen. Ich glaube, dass z. B. die Vision "wettbewerbsfähiges Deutschland", d. h. Arbeitsplätze hier in Deutschland zu halten und sozialen Wohlstand zu sichern und bei den Innovationen und in der Technik mit den besten Mitbewerbern mithalten zu können, eine Vision ist, die man beachten muss. Europa ist für mich *die* Vision. Wenn nun zehn Länder hinzugekommen sind und wir in ganz Europa Partner, Nachbarn und Freunde haben - im Handel, in der Politik - und damit im Grunde genommen Kriege ausgeschlossen werden können, dann ist das eine Vision, die man vor 50 Jahren entworfen hat und die jetzt Realität wird. Diese Vision gilt es nun zu vertiefen. Daneben haben wir aber in der Tagesarbeit auch pragmatisch zu denken und zu handeln. Wir erreichen wir saubere Nahrungsmittel? Wie erreichen wir eine leistungsfähige Infrastruktur? Was tun wir für die innere Sicherheit? Aber Visionen bzw. Grundwerte einerseits und das Tagesgeschäft andererseits sind ja keine Gegensätze, sondern die Grundwerte sind das Ziel, die Visionen sind die Vorgaben und im tagespolitischen Rahmen arbeiten wir darauf hin und nicht dagegen an.

Reuß:

Wer als Politiker erfolgreich sein will, muss ja, salopp formuliert, dem Volk schon auch aufs Maul schauen. Nun sagt aber Ihr Ministerpräsident Erwin Teufel: "Wer sich mit dem Zeitgeist vermählt, wird bald Witwer sein!" Besteht denn die Gefahr, dass derjenige, der dem Volk zu sehr aufs Maul schaut, dem Volk auch zu sehr nach dem Munde redet? Oder anderes gefragt: Wie wappnet man sich gegen Populismus?

Oettinger:

Man sollte sich zunächst einmal sachkundig machen und dann das Richtige anstreben – egal ob es schon mehrheitsfähig ist oder nicht. Wichtige Entscheidungen der Nachkriegszeit, z. B. die Schaffung der Bundeswehr, die Mitgliedschaft in der NATO, in der EWG oder auch die Einführung der europäischen Währung und vielleicht auch die Nachrüstung in den Jahren 1980 bis 1983, waren in den jeweiligen Umfragen nicht mehrheitsfähig. Aber diese Entscheidungen waren dennoch richtig und haben dann hinterher auch Mehrheiten bekommen. Man muss natürlich umgekehrt auch darauf achten, dass man nicht gegen die Bevölkerung Politik macht. Einerseits muss man also nicht 60 Prozent erspüren und dann handeln. Andererseits kann man auch nicht gegen die breite Meinungsentwicklung der Bevölkerung stur seinen Weg gehen. Nein, das ist Gratwanderung: Ein bisschen muss man populär sein, aber zwischen populär und populistisch ist ein Unterschied. Ich glaube, dass von daher jeder – übrigens auch in der Wirtschaft – immer prüfen muss: Wo steht die Truppe? Wie weit kann ich vorangehen? Denn ein General ohne Truppen macht keinen Sinn. Wenn jedoch im umgekehrten Fall die Truppen die Richtung bestimmen und der General erst hinterdrein folgt, dann wäre dies auch der falsche Weg.

Reuß:

Als CDU-Fraktionschef gelten Sie als einer der Spitzenpolitiker, denen man viel Einfluss und Macht unterstellt. Gibt es denn auch Momente, in denen Sie sich ohnmächtig fühlen, in denen Sie an die Grenzen Ihrer Möglichkeiten stoßen? Wie geht man als Politiker damit um, wenn man die Erwartungen, die die Menschen haben, nicht erfüllen kann?

Oettinger:

Je größer ein System ist, desto schwerfälliger wird es. Ich habe im Gemeinderat tolle Erlebnisse gehabt, weil man dort das Anliegen meinerseits eines Vereins, eines einzelnen Bürgers, einer Wohnbevölkerung unmittelbar vortragen und oftmals auch in der Arbeit berücksichtigen konnte. Dies ist natürlich in einem Land wie Baden-Württemberg oder Bayern oder gar auf nationaler Ebene weit schwieriger. Ich habe aber auch dort Ohnmacht im eigentlichen Sinne nicht verspürt. Man muss

akzeptieren, dass man eben nur teilmächtig ist, dass man nur einer unter 63 in der eigenen Fraktion ist, einer von 128 im Landtag von Baden-Württemberg und dass Baden-Württemberg nur ein Teil Deutschlands und nur ein kleiner Teil Europas ist. Das heißt, man muss sich begreifen und relativieren. Wenn man sich relativ sieht, wird man nicht ohnmächtig, sondern bekommt eben Demokratie und die eigene Mitwirkungsmöglichkeit mit.

- Reuß:** Nun werden die Politiker ja immer gerne sortiert nach Linken und Rechten. Heiner Geißler sagte einmal, diese Einteilung entspränge der parlamentarischen Gesäß-Geographie. Dennoch, wenn Sie sich selbst einordnen müssten: Wo stehen Sie innerhalb der CDU? Wo würden Sie sich im politischen Spektrums Deutschlands insgesamt einordnen?
- Oettinger:** Die CDU hat ja drei große Herkunftsquellen. Einmal die christlich-soziale Quelle: Das ist die CDU, die auf einer kirchlichen Grundlage ruht. Zum Zweiten gibt es die konservative Quelle der CDU und zum Dritten die Liberale. Ich komme aus einem liberalen Elternhaus und habe deswegen sicherlich eine starke Plattform, die bei mir Freizügigkeit, Freiheit, Liberalität bedeutet. Da diese liberale Säule in der CDU eher die schwächste ist, glaube ich, dass es besondere Gründe gab und gibt, diese zu unterstützen: Ich fühle mich also in meiner Partei als Liberaler.
- Reuß:** Ich würde hier gerne einen kleinen Schnitt machen. Wir kommen später selbstverständlich wieder zur Politik zurück. Ich würde nämlich jetzt unseren Zuschauern den Menschen Günther Oettinger näher vorstellen. Sie sind am 15. Oktober 1953 in der Landeshauptstadt Stuttgart geboren, sind in Ditzingen aufgewachsen, das ungefähr 15 bis 20 Kilometer von Stuttgart entfernt liegt. Ihr Vater war, wenn ich das richtig nachgelesen habe, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Wie sind Sie aufgewachsen, wie war Ihre Kindheit?
- Oettinger:** Wir, also mein Bruder und ich, sind mit Eltern und Großeltern aufgewachsen. Das heißt, wir lebten mit drei Generationen unter einem Dach. Das ist natürlich ein Idealbild, das heutzutage jedoch nicht mehr die Regel darstellt, denn die Mobilität der Arbeitswelt hat hier ganz einfach für einschneidende Veränderungen gesorgt. Ich bin, wie man sagen kann, behütet aufgewachsen. Meine Eltern sind heute noch gesund und sie sind bis heute ein Vorbild für mich. Der Vater ist jetzt 81 und die Mutter 77 Jahre alt. Ich habe einfach Glück gehabt: Ich habe eine Ausbildung bekommen, auf der man aufbauen konnte. Mein Vater war ehrgeizig: Ich musste ab der fünften Klasse Latein lernen, ich musste Englisch und Französisch lernen. Das heißt, ich habe im Grunde genommen von meinen Eltern einen Weg gewiesen bekommen. Mein Vater hat mir nach der Schule geraten, Rechtsanwalt zu werden. Auch dies hat funktioniert und hat zu mir gepasst. Bei mir waren also die Ausbildung und der Berufsweg durch die Eltern gut vorgezeichnet.
- Reuß:** Hatten Sie denn ein politisches Elternhaus?
- Oettinger:** Ja, mein Vater war FDP-Kreisvorsitzender und Stadtrat für die FDP. Ich selbst war nie Mitglied der FDP, habe aber in den Jahren 1966 bis 1968 durchaus auch mal plakatiert für die FDP. Ich war allerdings damals eher links, denn ich habe als 14-Jähriger Che Guevara verehrt usw. Matthias Wissmann habe ich dann in Tübingen kennen gelernt.
- Reuß:** Den späteren Bundesminister.
- Oettinger:** Ich habe in damals in der Jungen Union kennen gelernt. Auch den damaligen Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, fand ich gut und überzeugend. Deswegen bin ich dann im Jahr 1975 auch tatsächlich zur CDU und zur Jungen Union gekommen.
- Reuß:** Sie sind also in Ditzingen aufgewachsen: Das ist eine Stadt, die heute so um die 24000 Einwohner hat. Sie wohnen heute noch dort, wenn ich das richtig nachgelesen habe. Was bedeutet Ihnen diese Stadt, was bedeutet Ihnen persönlich Heimat?
- Oettinger:** Ich bin Stuttgarter und Ditzingen ist ein eigenständiger Vorort von Stuttgart. Ich fühle

mich in dieser Region Stuttgart, Ditzingen, Ludwigsburg sehr wohl. Es gab einmal für mich im Jahr 1990 die Chance, in den Bundestag zu wechseln. Ich habe mir das damals überlegt, es aber letztlich aus einem einzigen Grund doch nicht gemacht: Ich wollte nicht vier oder fünf Tage die Woche weg von der Heimat, weg von der Freundin, meiner heutigen Frau, weg von der Familie, weg vom Freundeskreis und weg von meiner beruflichen und unabhängigen Seite sein. Deswegen kann ich durchaus sagen: Ich bin überzeugter Stuttgarter und liebe diese Region wirklich. Ich werde auch in den nächsten Jahren alles dafür tun, dass dies meine Heimat bleibt und mein Lebensmittelpunkt, beruflich wie privat.

Reuß: Sie haben es schon gesagt, Sie haben dann in Tübingen Juristerei studiert. Sie haben beide Staatsexamina abgelegt und sind seit 1984 zugelassener Anwalt. Mit 24 Jahren waren Sie bereits Ortsvorsitzender der CDU in Ditzingen. Mit 27 Jahren wurden Sie dann in den Stadtrat gewählt und ein Jahr später waren Sie dort bereits Fraktionsvorsitzender. Ein amerikanischer Wahlspruch sagt ja: Alle Politik ist immer zuerst lokal! Teilen Sie diese Auffassung?

Oettinger: Ja, wir haben ja in Deutschland eine sehr starke kommunale Selbstverwaltung. Die Spielräume, aber auch die Aufgaben auf kommunaler Ebene sind sehr groß. Nehmen Sie als Beispiel die ortsnahe und effektive Dienstleistung der Verwaltung gegenüber dem Bürger; denken Sie an das Betreuungswesen nicht nur in der Altenpflege, sondern auch in der Kinder- und Jugendhilfe; nehmen Sie die Schulträgerschaft; nehmen Sie die Beziehungen zu den Vereinen und Verbänden. Deswegen war ich überzeugt davon, dass der Gemeinderat ein toller Ort ist. Ich war 14 Jahre lang geme im Gemeinderat. Ich will auch in meiner jetzigen Aufgabe alles dafür tun, dass die Spielräume der kommunalen Ebene nicht gegen Null gehen, sondern erhalten bleiben.

Reuß: 1983 wurden Sie dann Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württembergs. 1988 gerieten Sie in die Schlagzeilen, denn die Junge Union Baden-Württembergs hat damals den Rücktritt des eigenen Unions-Kanzlers, nämlich den von Helmut Kohl, gefordert: und zwar wegen Führungsschwäche. In dem Beschluss heißt es: "Ein tief gehender Neuanfang der Union, die Sicherung der Regierungsfähigkeit über 1990 hinaus kann nur noch ohne Bundeskanzler Kohl erfolgen." Sie selbst haben damals auch noch gesagt, der Vorrat an Solidarität mit Kohl sei erschöpft. Was war der Grund, was war der Auslöser für diesen damaligen Beschluss der Jungen Union?

Oettinger: Wir hatten damals seit längerem ein schlechtes Ansehen unserer Bundesregierung und nach unserer Überzeugung hatte die Union auch keine klare Konzeption. Da gab es z. B. die Flugbenzinaffäre: Wird auf Flugbenzin Steuer erhoben oder nicht? Und es hat uns z. B. auch der Einfluss von so manchen Leuten in der CDU besonders geärgert. Deswegen erhoben wir dann diese Forderung. Ich glaube auch noch im Nachhinein, dass wir damals die folgende Bundestagswahl verloren hätten – wenn nicht die Einheit gekommen wäre. Ich gebe offen zu: Helmut Kohl hat meinen vollen Respekt dafür, wie er die Einheit und die Angliederung der ehemaligen DDR an Westdeutschland, an die Bundesrepublik, und die Integration dieses Prozesses zwischen Moskau und Washington geschafft hat. Von daher ist diese Rücktrittsforderung von damals auch kein Gegensatz zu dem, dass ich heute Helmut Kohl achte und gerade diese geschichtliche Phase zwischen 1989 und 1994 für ganz bedeutsam halte hinsichtlich der Sicherung unserer friedlichen Grundlagen in Europa.

Reuß: Nun sagt man ja Helmut Kohl nach, er habe bis in die Ortsvereine hinein Kontakte gehabt. Gab es denn damals für Sie mächtig Ärger wegen dieser Forderung?

Oettinger: Ja, natürlich. Die ganzen Bundestagskollegen, all die, die mit Helmut Kohl in Bonn arbeiteten, haben mich zunächst einmal distanziert betrachtet. Mancher hat mich damals auch für einen Gegner gehalten. Ja, das war zu jener Zeit schon recht schwierig für mich. Helmut Kohl hat mich auch nie angesprochen oder angerufen. Ich habe nur einmal gehört, dass er auf Befragung eines Journalisten sagte: "Zu Oettinger fällt mir nichts mehr ein." Das heißt, ich war damals eine Unperson. Dies

ging mit Sicherheit einige Jahre lang so.

Reuß: Dennoch waren Sie mit dieser Forderung fast schon so etwas wie ein Vordenker, denn ein Jahr später kam es zu dem legendären Bremer Parteitag der CDU. Es gab damals auch das Gerücht, das nicht dementiert worden ist, dass eine Schar von sehr prominenten Dissidenten auch überlegt haben soll, Helmut Kohl als CDU-Bundesvorsitzenden abzuwählen. Rita Süßmuth, Norbert Blüm und auch Ihr damaliger Ministerpräsident Lothar Späth zählten zu dieser Schar. Späth wurde in der damaligen politischen Presse ja auch immer als Reservekanzler gehandelt, wenn ich das mal so salopp ausdrücken darf. Hätten Sie denn auch noch in diesem September 1989 einer Abwahl Kohls zugestimmt?

Oettinger: Ich hätte es begrüßt, wenn Lothar Späth angetreten wäre, und ich hätte dann auch Späth gewählt. Ich glaube, er hätte es nicht geschafft, denn in Bremen hätte Helmut Kohl eine Mehrheit bekommen. Aber Späth hätte sich mit 40 Prozent doch eine breite Autorität erworben. Dies wäre für die CDU auch eine gute Entscheidung gewesen. Ja, ich hätte Lothar Späth gewählt, weil ich ihn kannte, und auch deswegen, weil die Entwicklung und die Konzeption der Bundesregierung für viele Fragen der Innenpolitik, der Gesundheitsreform, der Rentenreform für das Wahljahr 1990 doch eher kurzatmig gewesen ist.

Reuß: 1984, mit 30 Jahren, wurden Sie in den baden-württembergischen Landtag gewählt. Sie haben das Direktmandat in Ihrem Wahlkreis erworben. Sie waren damals aber auch gleichzeitig noch Stadtrat in Kitzingen. Wenn Sie mal diese beiden Bereiche vergleichen und abgesehen von den unterschiedlichen Themen, die in Stadtrat und Landtag behandelt werden: Ist die Politik im Stadtrat gänzlich anders? Spielen im Stadtrat politische Parteien eine geringere Rolle als im Landtag?

Oettinger: Je größer eine Stadt ist, desto mehr ist die Fraktionsarbeit der Parteien von Bedeutung. Eine große Kreisstadt wie Kitzingen mit immerhin 23000 Einwohnern hatte damals schon viele Parteifraktion: die CDU, die SPD, die Grünen, die in Baden-Württemberg schon früh aktiv gewesen waren, die FDP und eine starke Gruppe von Freien Wählern. Es ging und geht in so einem Stadtrat aber trotzdem etwas flexibler zu. Man geht etwas offener in eine Sitzung hinein. Im Landtag hat man hingegen im Regelfall in der Fraktionsberatung die jeweiligen Argumente ausgetauscht und das Votum, den Antrag der Fraktion, als Ganzes beschlossen: Die Entscheidung steht also fest, bevor die Sitzung beginnt. Im Gemeinderat jedoch ist manches noch sehr offen. Der eine kommt vorbereitet, der andere kommt nicht vorbereitet in die Sitzung; der eine behält seine Position, der andere wechselt sie oder war eh noch nicht festgelegt. Ich würde sagen, die Arbeit dort ist aufgrund der geringeren Größe etwas offener, etwas lockerer als im Landtag.

Reuß: 1990/91 kam es dann zu der so genannten "Traumschiff-Affäre". Der damalige Ministerpräsident Lothar Späth sah sich den Vorwürfen ausgesetzt, er habe sich Urlaubsreisen von Wirtschaftsgrößen bezahlen lassen. Im Januar 1991 trat er dann von allen Ämtern zurück. Der damalige Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel wurde Ministerpräsident und Sie haben sich damals in einer Kampfabstimmung als Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag durchgesetzt. Wie würden Sie denn die Aufgaben eines Fraktionsvorsitzenden beschreiben? Verstehen Sie sich als loyaler Mitstreiter der Regierung? Als Mehrheitssicherer? Oder doch manchmal auch als Mahner, als Kritiker, als Kontrolleur der eigenen Regierung?

Oettinger: Ich bin zunächst einmal verantwortlich dafür, dass die Regierungsarbeit im Landtag funktioniert. Das heißt, ich muss meinen Laden zusammenhalten und den Wählerauftrag umsetzen. Der Wähler hat eine Regierung gewählt und will daher auch, dass sie aufgrund ihrer Mehrheit im Landtag dann auch eine entsprechende Politik umsetzen kann. Ich habe also einerseits eine dienende Funktion, zu der ich mich auch voll bekenne. Andererseits habe ich sicherlich auch einen Wettbewerb zu gestalten, einen Ideenwettbewerb, ebenfalls mit der Regierung. Ein solcher Ideenwettbewerb ist jedoch kein Gegensatz zum soeben Gesagten. Wenn wir Probleme haben, wenn sich neue Überlegungen ergeben, dann gibt es einen

Wettbewerb von Ideen. Man entscheidet sich dann für eine Idee und setzt sie um. Das heißt, zunächst einmal haben wir eine gestaltende Aufgabe und dann eine dienende Funktion. Ich bin eigentlich ganz froh darüber, dass wir im Landtag im Regelfall unsere Mehrheit auch nutzen. Umgekehrt ist es aber auch so: Bevor wir in den Landtag gehen, haben wir mit dem Regierungschef oder mit dem jeweiligen Minister oder dem Koalitionspartner einen munteren Ideenwettbewerb, der der Sache gut tut.

Reuß: Sie kennen ja nun beide Fälle: einerseits das Dasein des Fraktionsvorsitzenden in einer Koalitionsregierung, also den Fall, dass die eigene Partei keine eigene Mehrheit besitzt, und andererseits das Dasein des Fraktionsvorsitzenden bei einer absoluten Mehrheit der eigenen Partei. Wann ist es für Sie einfacher, den Laden zusammenzuhalten? Kann man die Kollegen leichter disziplinieren, wenn eine Koalition regiert? Oder ist es doch leichter, wenn man alleine regiert?

Oettinger: Man kann leichter regieren, wenn man alleine regiert. Man muss sich in diesem Fall nicht in dem Maße vorher abstimmen mit einem Regierungskollegen der FDP, mit der Fraktion der FDP. Ich habe ja auch vier Jahre lange eine Große Koalition erlebt: in den Jahren von 1992 bis 1996, mit Dieter Spoeri und Uli Maurer. Ich denke gerne an diese Zeit zurück. Für mich war das eine gute Erfahrung: Das war fair, aber knallhart. Man kann also zunächst einmal sagen: Ohne Koalitionspartner geht es leichter. Aber klar ist auch: Wenn man die Fraktion führen will, dann ist die Koalition oftmals ein starkes Instrument. Denn in diesem Fall kann man doch so manches Mal sagen: "Freunde, ihr müsst mitziehen. Wir haben das in der Koalition so vereinbart. Das ist daher eine gemeinsame Kompromisslinie, die jeder einhalten muss." Insoweit ist es für den Neuling in der Fraktion, für den Hinterbänkler, oftmals ziemlich ermühtend, wie wenig Spielraum er hat. Denn die Koalitionsrunde, die Koalitionsspitze hat ja bereits vorher schon verhandelt und diese Entscheidung muss dann eins zu eins umgesetzt werden. Deswegen ist die Koalition z. T. schwerer und z. T. leichter, wenn es um die Fraktionsführung geht.

Reuß: "Ich bin ein Querdenker", haben Sie einmal gesagt. Dies haben Sie ja auch schon mehrfach bewiesen: Sie haben sich eingesetzt für ein Tempolimit, eine Forderung, die ja in der CDU nicht unbedingt mehrheitsfähig ist; Sie haben sich eingesetzt für eine liberale Regelung des Schwangerschaftsabbruchs; Sie haben sich eingesetzt für eine tief greifende Reform des dreigliedrigen Schulsystems und Sie haben schon sehr früh öffentlich angefangen, über schwarz-grüne Koalitionen auch auf Landesebene nachzudenken. Heißt querdenken für Sie auch vordenken?

Oettinger: Also, ich bin kein Quertreiber. Ich bin nicht notorisch gegen das, was bei uns im Programm steht oder was mehrheitsfähig sein könnte. Aber für mich gilt doch folgendes Prinzip: Wenn sich ein Boot zur einen Seite neigt, dann gehe ich lieber auf die andere Seite, um auszugleichen. Das heißt, ich schütze bzw. stärke gerne Minderheiten oder höre mir zumindest gerne die Argumente von Minderheiten an. Ich bin also nicht automatisch dort zu finden, wo die Mehrheit sitzt. Hinzu kommt noch etwas: Eine große Volkspartei ist schon auch eine schwerfällige Veranstaltung. Da tun ab und zu Impulse und manchmal auch Nadelstiche ganz gut. Ich bin ab und zu jemand, der nach vorne geht, der vielleicht auch frech etwas in Frage stellt, weil mir nämlich diese erstarrte Landschaft wehtut. Und Querdenker und Vordenker bilden ja kein Gegensatzpaar. Heiner Geißler war in seinen besten Jahren Querdenker und Vordenker – und damit gut für unsere Partei.

Reuß: Bleiben wir noch ein bisschen bei dieser schwarz-grünen Option. Ist das eine Option, die auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten beruht? Oder ist das auch eine Option, um strategisch nach vorne zu kommen? Ist das quasi als Befreiungsschlag aufzufassen, denn die SPD hat ihrerseits fast jede Koalitionsoption: Sie kann mit der CDU koalieren wie damals in Bremen, wie lange Jahre in Berlin; sie kann mit der FDP koalieren wie z. B. in Rheinland-Pfalz; sie kann alleine regieren; sie kann mit der PDS wie jetzt in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Die CDU kann zurzeit nur alleine regieren oder mit der FDP eine Koalition eingehen. Sehen Sie Ihren Vorschlag also auch als strategische Option für die CDU?

Oettinger: Die Grünen sind ja in Baden-Württemberg entstanden. Sie waren dort zuallererst im Landtag und sind nun schon seit 24 Jahren dabei. Ich sage dies, weil ich damit belegen kann, dass die Grünen bei uns fundamentale Positionen längst abgestreift haben und durchaus sachbezogen und pragmatisch und intelligent ihre Arbeit machen. Dies erleichtert die Zusammenarbeit, d. h. den offenen Gedankenaustausch, einen fairen Umgang im Parlamentsalltag usw. Daher habe ich da kein Problem mit ihnen und sie nicht mit mir. Die Schnittmenge für eine Koalition zwischen CDU und FDP ist mit Sicherheit größer und deswegen wird man dort, wo die CDU mit der FDP eine Regierung bilden kann, im Regelfall diese vorziehen. Ob das in zehn Jahren noch gilt, weiß ich nicht. Ich spreche jedenfalls von diesem Jahrzehnt, von dem jetzigen. Aber klar ist wiederum auch: Die Gegensätze zwischen der CDU und den Grünen haben sich deutlich verringert. Alleine die Regierungsarbeit der Grünen in Berlin - Stichwort Bundeswehr, Stichwort äußere Sicherheit, Stichwort Einsatz der Bundeswehr und Partnerschaft in der NATO usw. - zeigt, dass die Grünen einen weiten Weg zurückgelegt haben. Wenn man einmal das Thema Zuwanderung und das Thema Kernenergie ausklammert, denn bei beiden Punkten gibt es noch Unterschiede, dann sehe ich in der überwiegenden Zahl anderer Fragen wie z. B. den Feldern Bildungs- und Schulpolitik, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Subsidiarität und auch beim Thema Mobilität und Verkehrsinfrastruktur keine unüberwindbaren Gegensätze mehr, sondern viel an Übereinstimmung zwischen allen demokratischen Parteien. Und Schwarz-Grün ist dort denkbar, und insoweit ist das auch strategisch ein Faktor, wo man mit Schwarz-Grün - und nur mit Schwarz-Grün - Rot-Grün oder Rot-Rot verhindern kann. Dann wäre auch die Akzeptanz dafür in den beiden Parteien vorhanden. Wenn ich aber die CDU und die FDP im Landtag habe und es reicht, dann kann ich meiner Partei eine schwarz-grüne Koalition nicht vermitteln. Wenn aber mit Schwarz-Grün eine rot-rote Regierung in einem neuen Bundesland oder vielleicht auch eine rot-grüne Regierung verhindert werden könnte, dann würde auch die Mehrheit meiner Partei das akzeptieren. Ich glaube, dass dieser Prozess irgendwann in den nächsten Jahren in einem Bundesland kommen wird.

Reuß: Jürgen Rüttgers, Ihr Kollege in Nordrhein-Westfalen - er ist ja CDU-Fraktionsvorsitzender im dortigen Landtag -, sagte einmal: "Schwarz-Grün liegt in der Luft, aber das politische Projekt, das sich aus dieser neuen Konstellation entwickeln könnte, ist noch nicht formuliert." Könnten Sie sich vorstellen, der erste Ministerpräsident einer schwarz-grünen Landesregierung zu sein?

Oettinger: Also, zunächst einmal ist ja Erwin Teufel Regierungschef und die Partei muss entscheiden, wer sein Nachfolger wird. Ich werde mich bewerben und man wird dann sehen, was passiert. Und dann muss der Ehrgeiz eines Christdemokraten in Baden-Württemberg natürlich immer darin bestehen, es alleine zu packen. Das ist nicht arrogant gemeint, sondern das, was die Hessen können, was die Saarländer können, was die Bayern können, müssten wir uns zumindest auch als Ziel vornehmen. Deswegen spekuliere ich nicht über Koalitionen. Aber damit das klar ist: Ich habe den Grünen gegenüber keine Vorbehalte. Ich schließe daher auch in Baden-Württemberg in den nächsten 15 Jahren keine Koalition aus. Wir haben vor einigen Jahren bereits eine Große Koalition gemacht; wir haben mit der FDP gute Erfahrungen; wir haben Gott sei Dank die Reps wieder aus dem Landtag verbannt; und die Grünen haben eine demokratische Grundlage, die ich achte und die man für alle Sachfragen, aber auch für strategische Fragen im Auge behalten muss.

Reuß: Nun sind Sie ja schon sehr lange im politischen Geschäft und immer "sauber" geblieben, wenn ich das mal so salopp sagen darf. Es gab nur einmal eine Geschichte, bei der Sie ein bisschen in Bedrängnis gerieten. Das war die so genannte "Pizza-Affäre" oder die "Affäre Mario": Es ging darum, dass Sie einen Pizzeriainhaber kannten, mit ihm auch befreundet waren und dieser Mann in den Verdacht geriet, Geldwäsche zu betreiben und Kontakte zur Mafia zu haben. Seine Telefone wurden abgehört und Ihre Gespräche, die Sie von dort aus führten, wurden ebenfalls abgehört. Es gab einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, aber es ist nichts hängen geblieben. Hat Sie das damals

in der Hochzeit dieser Affäre belastet? Ist so etwas schwierig für einen Politiker?

Oettinger:

Ja. Am ersten Tag, an dem so eine Angelegenheit hoch kommt, ist man konzentriert, nervös und auch bedrängt. Auch die Mitarbeiter reagieren in solchen Momenten nicht normal. Krisenmanagement muss gelernt sein. Aber *die* Krise ist nicht vorhersehbar: Man kann sie nicht lernen. Deshalb hilft hier nur Glück und letztendlich ein reines Gewissen. Mich hat am meisten beschäftigt, dass mein Freundeskreis verletzt war. Meine Freunde gingen weiterhin in dieses Restaurant, ich ging nicht mehr hin. Meine Frau war ebenfalls tief verunsichert, denn das war ihr Lieblingslokal gewesen. Wir waren damals noch nicht verheiratet und haben uns dort in diesem Restaurant öfter mal am Abend um halb elf, elf Uhr getroffen. Es blieb ja an diesem Gaststättenbesitzer wenig hängen: Es blieb nur die Steuerhinterziehung, also das Schwarzgeld. Das ist natürlich nicht in Ordnung, aber letztlich war das ein Delikt, das man in der Gastronomie jeden Tag irgendwo findet. Man muss das bestrafen, aber man muss das nicht ächten. Von diesem ganzen anderen Komplex - Mafiaverdacht, Waffenhandel, Geldwäsche, Mädchenhandel und Drogenhandel - blieb jedenfalls nichts hängen. Nach langer Zeit der Untersuchung und auch der U-Haft wurde er freigesprochen. Ich gehe nicht mehr hin, aber mein Freundeskreis geht hin. Mir tut das weh und ich werde mit Sicherheit dann, wenn ich eines Tages heraus gehe aus der Politik, dort wieder meine Pizza essen.

Reuß:

Nach der Landtagswahl 1996 kam es zur CDU-FDP-Koalition. Beide Parteien hatten eine breite Mehrheit im Parlament, dennoch gelang es nicht, den Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang zu wählen. Viele sagten damals, das sei als Denkwort für Erwin Teufel gemeint gewesen. Sie waren damals jedenfalls Fraktionsvorsitzender. Bedeutete das nicht auch eine Schwächung für Sie? Hat man Ihnen nicht den Vorwurf gemacht, Ihren Laden nicht richtig im Griff zu haben?

Oettinger:

Diese Wahlentscheidung war für den Ministerpräsidenten ein herber Schlag und für mich genauso. Wir gingen dann ja gleich in die zweite Wahl; wir haben nämlich nur kurz überlegt, eine halbe Stunde unterbrochen und eine Fraktionssitzung gehalten. Danach haben wir dann sofort gesagt: "Wir gehen in einen zweiten Wahlgang!" Wäre dieser Wahlgang dann erneut schief gegangen, dann hätte ich zurücktreten müssen, ganz eindeutig. Er ging gut, und so war es letztlich glimpflich. Der Hintergrund der ganzen Geschichte war meiner Meinung nach folgender: Es gab nach der großen Koalition auf Seiten einiger Kollegen in der Fraktion die zu große Erwartung, nun in der Regierungsarbeit eine Chance zu bekommen. Diejenigen, die dann aber nicht berufen worden sind, sind mit Sicherheit verdächtig, dass sie eine Nein-Stimme abgegeben haben. Aber es macht keinen Sinn, weiter darüber zu debattieren: Wahlen sind geheim und deswegen wurde da nicht gefahndet. Gut war, dass wir gleich im zweiten Wahlgang das Ganze korrigieren konnten. Ich glaube, in der Politik gilt generell wie im normalen Leben auch: Man kann einen Fehler machen, man kann auch eine Fehlentwicklung hinnehmen, man muss sie nur wieder korrigieren können. Und genau das ist damals gelungen.

Reuß:

Kommen wir noch ein wenig zur Politik im Allgemeinen. Der Präsident des Verfassungsgerichts, Professor Hans-Jürgen Papier, hat die Entparlamentarisierung der Parlamente und der Politik beklagt. Er sagte, der Bundesrat, die Vertretungen der Landesregierungen, übernehme immer mehr die Rolle der Opposition gegenüber der Bundesregierung und viele Entscheidungen würden nach Brüssel wandern. Sie selbst haben zu Beginn unseres Gesprächs ebenfalls von der hohen Komplexität der politischen Prozesse gesprochen. Teilen Sie denn diese Kritik oder lässt sich diese Entwicklung gar nicht aufhalten?

Oettinger:

Wir haben eine zu große Aufgabenverflechtung und Mischkompetenz. Die Länder sprechen bei zwei Dritteln aller Gesetze des Bundes mit. Und mancher Regierungschef, dem in seinem Land langweilig wird, fliegt nach Berlin und macht dort den Nebenzkanzler. Dies auch deswegen, weil ihm das die Chance auf einen Auftritt bei "Christiansen" eröffnet. Ich glaube daher, dass die Föderalismuskommission hier eine entscheidende Bedeutung und auch eine große Verantwortung hat.

- Reuß:** Das ist die Bund-Länder-Kommission, die eingesetzt worden ist, mit Müntefering und Stoiber als jeweiligen Vorsitzenden.
- Oettinger:** Wir müssen jedenfalls erreichen, dass sich die Länder aus der Bundesgesetzgebung zurückziehen. Wir können das, indem wir viele Gesetze nicht mehr zustimmungspflichtig machen, sondern den Bundestag alleine entscheiden lassen. Dies stärkt auch diejenige Bundestagsfraktion, die im Augenblick nicht regiert, sodass sie wieder zentral ihrer Oppositionsarbeit nachgehen kann. Der Rückzug der Länder aus dem Bundesrat kann umgekehrt nur dann geschehen, wenn der Bund weit reichende Angebote macht, sich aus der Arbeit der Länder zurückzuziehen. Dies betrifft Gemeinschaftsaufgaben, konkurrierende Rahmengesetzgebungen usw. Damit würden wir erreichen, dass der Landtag in seinem Bereich volle Verantwortung hat und der Bundestag im nationalen Maßstab dasselbe tut. Parallel dazu muss natürlich eine Entflechtung der Finanzierungswege erfolgen. Wir haben zu viele Gemeinschaftssteuern und wir haben viele Steuereinnahmen, die den Ländern zustehen, die aber auf Bundesebene rechtlich geregelt sind. Nehmen Sie als Beispiele die Erbschaftssteuer oder eine Vermögenssteuer, die man möglicherweise einführen könnte. Nehmen Sie die Grunderwerbssteuer, die Gewerbeertragssteuer, die KFZ-Steuer usw. All diese Steuern kommen hinsichtlich der Einnahmen voll den Ländern und Kommunen zugute, aber der Bundestag entscheidet über ihren Grundsatz und über ihre jeweilige Höhe. Deswegen müssen wir eine Aufgabenentflechtung hinbekommen, eine klare Aufgabenverantwortung und eine Ausgaben- und Finanzierungsentflechtung. Wenn wir dies schaffen, dann würde diese Lähmung, die Papier mit Recht beschreibt, wieder aufgehoben werden können.
- Reuß:** Die "Süddeutsche Zeitung" schrieb dieser Tage vom "Würge-Föderalismus" und vom "organisierten Durcheinander". Wörtlich heißt es: "In keinem Land der Welt gibt es einen so ausgeklügelten labyrinthischen Föderalismus wie hierzulande. In keinem Land der Welt gibt es mehr als 900 Gremien, in denen Bund und Länder versuchen, sich abzustimmen. Der deutsche Föderalismus kostet nach Berechnungen des Deutschen Beamtenbundes jährlich rund fünf Milliarden Euro." Wie lange kann man sich denn dieses System noch leisten, nicht nur hinsichtlich der Kosten, sondern auch hinsichtlich der gegenseitigen Blockade und der Entscheidungsschlachten, die es auf diesem Gebiet ja hin und wieder gibt? Wie groß ist denn die Versuchung des einen oder anderen Länderchefs zu sagen, "Ich wirke heutzutage über den Bundesrat doch stärker bundespolitisch mit als nach einer Entflechtung"?
- Oettinger:** Man muss hier die Geschichte betrachten. Die Bundesrepublik wäre nicht gegründet worden, wenn sie ein Zentralstaat geworden wäre. Die Bayern hätten da nie mitgemacht, auch die Baden-Württemberger nicht. Das heißt, wir kommen aus der Kleinstaaterei, wir kommen aus regionalen Gebietskörperschaften und haben den Maßstab "Deutschland" nur geschafft, weil es in unserer Verfassung eine föderale Struktur gibt. Darüber hinaus muss man sehen, dass die Mütter und Väter von Herrenchiemsee beim Grundgesetz eine effektive Gewaltenteilung wollten. Nach dem schrecklichen Machtmissbrauch von Hitler hat man Sicherungen eingebaut: also Bundestag, Bundesrat, Bund, Länder, Gemeinden, Legislative, Exekutive, Judikative mit starkem Richterrecht. Und vielleicht haben wir in der Tat etwas zu viel Gewaltenteilung im Grundgesetz stehen, die wir dann in der Großen Koalition nach verstärkt haben. Wir müssen jetzt den Mut haben, einer Mehrheit für eine bestimmte Zeit Macht zu geben. Wenn eine Partei oder Koalition im Bundestag die Mehrheit hat und den Kanzler stellt, dann muss diese Partei bzw. diese Koalition für vier Jahre auch mächtig sein. Schröder oder Helmut Kohl sind bzw. waren in Wahrheit weniger mächtig als Tony Blair in England in dessen Rechtsstruktur. Ich glaube, mehr Macht auf Zeit für eine Mehrheit und Vertrauen darin - das wäre die Antwort. Deswegen sollten wir diese Entflechtung vornehmen. Der Bundesrat muss sich zurückziehen. Und wenn der Bundesrat eines Tages einmal nicht mehr bei zwei Dritteln aller Gesetze zustimmen muss, wird auch die Einschaltung eines Regierungschefs aus einem Bundesland nicht mehr so spannend sein. Wenn umgekehrt die Landtage gestärkt werden, wenn die Kompetenzen für Aufgaben

und Finanzierung wieder wirklich im Landtag zu Hause sind, dann wird der Regierungschef viel eher dort mit Nachdruck auf die Bühne treten und in seiner ganzen Verantwortung mitwirken als auf der Nebenbühne in Berlin.

Reuß: Nun sind ja Reformen in aller Munde – aufgrund der hohen und anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, aufgrund der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik, aufgrund der Überalterung der Gesellschaft, die absehbar ist. Heißen Reformen nicht letztlich auch Rückbau? Bedeutet das nicht, dass mehr Eigenvorsorge notwendig ist, dass wir im Grunde mehr zahlen müssen, um allenfalls gleich bleibende und vielleicht sogar weniger Leistung zu bekommen? Müsste die Politik das nicht sehr viel deutlicher formulieren, als sie es tut?

Oettinger: Es geht um Umbau und Rückbau. Und in der Tat wird man manchen Rückbau, also so manche Verschlechterung der Leistung nicht ausschließen können. Unsere öffentlichen Systeme waren auf Wachstum aufgebaut. Deutschland hatte in den letzten 50 Jahren von Jahr zu Jahr ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Damit konnten die steigenden Ausgaben des mitwachsenden Sozialstaates finanziert werden. Wir haben auch die Staatsverschuldung nur dadurch im Griff behalten können, dass wir uns durch das Wachstum der Wirtschaft und durch das Wachstum der Steuereinnahmen die Zinsen zumindest halbwegs zumuten konnten. Nun haben wir aber erstmals kein Wachstum mehr und werden auch in Zukunft nicht mehr diese Wachstumssprünge der sechziger und siebziger Jahre haben. Wir haben darüber hinaus eine Demographie, die aus immer mehr Älteren und immer weniger Jüngeren besteht. Das heißt, die Relation von Empfängern und Zahlenden im Sozialstaat verändert sich. In der Tat werden wir noch mehr Mut haben müssen, den Menschen zu sagen, dass im Reformprozess Umbau und auch Rückbau notwendig sind. Aber ich glaube doch, dass der Umbau im Mittelpunkt steht. Aufgrund vieler Gespräche behaupte ich, dass die Menschen wissen, dass Umbau und Rückbau kommen müssen. Zum Teil sind hier ja die Menschen sogar weiter als die Politik.

Reuß: Dennoch ist das sehr schwer: Politiker wollen ja wiedergewählt werden. Es gibt in diesem Zusammenhang auch diesen sehr schönen Satz von Carl Friedrich von Weizsäcker: "Wie kann eine Regierung das langfristig Notwendige entscheiden, wenn es kurzfristig unbeliebt ist und den Wahlerfolg bedroht?" Teilen Sie diese Auffassung?

Oettinger: Ja. Im Prinzip, ja. Im Prinzip haben wir in den letzten Jahren Erwartungen aufgebaut, die nicht mehr haltbar sind. Wir haben eine Anspruchsgesellschaft bekommen. Wir haben dem Bürger gesagt: "Seht her, der Staat und die Stadt richten es! Wendet euch mit euren Anliegen an uns!" Wir haben dabei die Eigenverantwortung des Einzelnen, die Möglichkeiten, die jeder hat, viel zu wenig aktiviert. Dieser Prozess wird sich nun nicht von heute auf morgen verändern lassen: Er wird bestimmt zehn Jahre dauern. In der "Agenda" von Schröder war da längst nicht alles falsch: Manches war da richtig, manches aber auch nur halbherzig. Dieser Prozess wird sich jedenfalls verstärken müssen. Deswegen wird da auch Druck kommen und es wird auch eine Mehrheit dafür geben, hier endlich handeln zu können. Denn der Arbeitsmarkt, die Beschäftigungslage, die Staatsverschuldung usw. werden uns mit jedem Jahr, in dem wir nicht handeln, in eine noch größere Schieflage bringen.

Reuß: Zum Ende unseres Gesprächs würde ich gerne noch Ihre andere Funktion, die wir eingangs bereits angesprochen haben, aufgreifen. Sie sind seit Mai 1999 Vorsitzender des Bundesausschusses Medienpolitik der CDU Deutschlands. Was macht denn dieser Ausschuss? Wer sitzt da drin? Was sind seine Funktionen?

Oettinger: Das sind 50, 60 Frauen und Männer, Mediensachverständige und Politiker; von ARD und ZDF, also den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; von den privatrechtlichen Medien; von den Printmedien; aus der Medienwissenschaft; aus der Medienverwaltung und eben auch aus der Politik. Wir sind im Grunde genommen ein Gesprächskreis, der versucht, Kompromisse vorzubereiten. Nehmen Sie aktuell

die Frage der Gebührenentwicklung und der Strukturreform bei den Öffentlich-Rechtlichen. Hier bemühen wir uns darum, zwischen fundamentalen Positionen einen Mittelweg aufzuzeigen, der dann auch in den Staatskanzleien unserer Partei und für die künftigen Beratungen im Landtag eine Richtschnur sein kann. Wir haben dabei spannende Fachleute aus der Technik, aus der Wissenschaft in unserer Mitte, die uns Rat geben. Wir sind also ein Gesprächskreis, der Entscheidungen vorbereitet, der gemeinsame Nenner sucht und der damit im Grunde genommen ein Angebot an die Medienpolitik der Bundesländer ist.

Reuß: Nun sind die Medien ja sehr wichtig, insofern sie einen Großteil der Wirklichkeit, die wir wahrnehmen, vermitteln. Umgekehrt bedeutet das aber auch für Menschen, die mittels der Medien wirken müssen, dass sie sich ein wenig den Gesetzmäßigkeiten der Medien anpassen müssen. Erhard Eppler, einst Bundesminister, hat dieser Tage geschrieben: "Man darf fragen, ob die Gaben, die heute nötig sind, um Bundeskanzler zu *werden*, dieselben sind, die man braucht, um Bundeskanzler zu *sein*." Das ist sicherlich etwas zugespitzt formuliert, denn das betrifft ja nicht nur das Amt des Bundeskanzlers. Teilen Sie denn diese Kritik? Ist das heute so in der Mediendemokratie?

Oettinger: Die Medien stehen ja heutzutage selbst in Konkurrenz zueinander. Ich glaube, dass man in Bonn ruhiger arbeiten konnte als in Berlin. Das gilt für beide Seiten. Wenn heute eine Vermutung aufkommt, wenn von irgendwo eine Info kommt, dann muss jeder mit ihr ins Blatt: geprüft und auch ungeprüft. Das heißt, die Recherche leidet darunter und damit leiden auch viele Ihrer Berufskollegen darunter, die lieber recherchieren wollen, als schnell irgendetwas absenden. Bei uns in der parlamentarischen Arbeit ist es heute so, dass die Fernsehbilder ein großes Gewicht bekommen haben. Ich möchte behaupten: Vor 40 Jahren hatte ein Regierungschef seine Arbeit relativ ruhig zu erbringen gehabt und es wurde dann möglich, dass sie auch in der Zeitung öffentlich sichtbar wurde. Wer aber heute nicht in der Prime Time im Fernsehen ist, verliert. Politik muss also auch im Fernsehen stattfinden. Politik muss um 20.00 Uhr und auch in der "Late Night Show" vorhanden sein. Klar ist: Manchem liegt die Arbeit am Schreibtisch oder die Pressekonferenz oder das ruhige Gespräch mit einem Zeitungsredakteur eher als die telegene Pose und die Schlagfertigkeit nachts um halb Zwölf. Aber Schlagfertigkeit, telegene Pose usw. sind eben aus diesen Gründen heutzutage wichtiger geworden. Manche Politiker lehnen das jedoch ab. Ich glaube, dass hier erneut der Mittelweg das Richtige ist. Wir sollten uns nicht billig vermarkten, aber Vermarktung gehört nun einmal mit zum Geschäft.

Reuß: Ein schönes Schlusswort. Die Zeit ist gerast, wir könnten noch vieles besprechen. Ich darf mich zunächst ganz herzlich für das sehr angenehme Gespräch bedanken. Ich möchte, wenn Sie erlauben, mit zwei Zitaten über Sie enden. Das erste Zitat stammt aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und lautet: "Der Mut zu Unpopulärem ist Günther Oettinger nicht abzusprechen." Und das andere stammt vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel, der über Sie sagte: "Der Herrgott hat Günther Oettinger mit einer Fülle von Begabungen und Talenten ausgestattet. Er ist kompetent, zupackend, argumentationsstark und schnell wie kein Zweiter." Nochmals ganz herzlichen Dank. Verehrte Zuschauer, das war unser Alpha-Forum, heute mit Günther Oettinger, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag. Herzlichen Dank für Ihr Interesse und fürs Zuschauen und auf Wiedersehen.